

Bernd Westphal (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren auf den Besuchertribünen! Die Themenreihenfolge hier im Bundestag ist ja manchmal etwas skurril.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Stimmt!)

Beim letzten Mal haben wir diese Rüstungsdebatte nach der Debatte über das Schulobstgesetz geführt, dieses Mal führen wir sie nach der Debatte zum Thema Honig.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das sind alles fruchtbringende Debatten!)

Wie schön wäre es, wenn man auf der Welt Frieden ohne Waffen schaffen könnte. Wenn man sich die Zeit nimmt und etwas genauer nachdenkt, zeigt sich, dass die Realität oftmals anders aussieht. Die Welt, gerade auch in der Golfregion, ist nicht so friedlich, wie wir sie uns wünschen. Recht und Gesetz lassen sich in der Realität nach dem Ausschöpfen aller diplomatischen Möglichkeiten leider oft nur mit Waffengewalt oder zumindest mit der Androhung von Waffengewalt durchsetzen. Hier irrt die Kollegin Höger mit ihrer Einschätzung gewaltig.

Es gibt weltweit einen Bedarf an Waffen. Deshalb werden Waffen produziert und auch exportiert. Auch Deutschland benötigt Waffen zur Landesverteidigung und zur Wahrnehmung seiner internationalen Verantwortung. Wenn Deutschland nicht selbst aktiv in Krisenregionen eingreift, sollen zuverlässige Partner mit Rüstungsexporten in die Lage versetzt werden, selbst für politische Stabilität zu sorgen; denn der Besitz von Rüstungsgütern führt eben auch aus Gründen der Abschreckung zur Befriedung in den Regionen.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Funktioniert meist nicht!)

Export von Sicherheits- und Rüstungsgütern bedeutet nicht gleich Krieg. Dieser Export geschieht in Deutschland nach klaren Regeln und hohen Maßstäben.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Na ja! Das träumen Sie vielleicht! Das ist aber nicht die Realität!)

Die Bundesrepublik Deutschland betreibt seit ihrer Gründung eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik. Der Export von Rüstungsgütern in Drittländer wird in Deutschland allein durch die Vorgaben im Grundgesetz sehr restriktiv gehandhabt. Die Grundlage für die Entscheidungen der Regierung über den Export von Rüstungsgütern bilden die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Diese wurden 2000 von der damaligen rot-grünen Regierung verschärft und besitzen weiterhin ihre Gültigkeit. Sie stellen die Leitlinien für die Genehmigung von Rüstungsexporten durch die Bundesregierung dar.

Die Beachtung von Menschenrechten ist dabei von herausragender Bedeutung.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Genehmigungen für Exporte werden laut Exportleitlinien nicht erteilt – ich zitiere –,

wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression im Sinne des EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Was ist nun mit Saudi-Arabien?)

Außerdem wird durch die Leitlinien sichergestellt, dass in eine solche Prüfung der Menschenrechtsfrage Feststellungen der EU, des Europarates, der Vereinten Nationen, der OSZE und anderer internationaler Gremien einbezogen werden. Auch Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen werden ausdrücklich berücksichtigt.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum hält sich die Bundesregierung nicht an den eigenen Menschenrechtsbericht in Bezug auf Saudi-Arabien?)

Damit ist ausgeschlossen, dass Waffen an Länder geliefert werden, in denen zum Beispiel Bürgerkrieg herrscht. Unrechtsregime erhalten deshalb keine Waffen, die gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden könnten. Gerade für Staaten außerhalb der NATO und der EU sind die Regeln besonders streng.

(Zuruf von der LINKEN: Ja, ja!)

Diese deutsche Position hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vor einiger Zeit noch einmal bekräftigt und eine Einzelfallprüfung für jedes Waffengeschäft angekündigt. Dadurch ist sichergestellt, dass das deutsche Exportkontrollsystem auch weiterhin als eines der strengsten weltweit gilt.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Westphal, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gehrcke zu?

Bernd Westphal (SPD):

Bitte.

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Schönen Dank, Frau Präsidentin. Schönen Dank, lieber Kollege. – Könnten Sie mir vielleicht erklären, ob ich mit Blick auf Saudi-Arabien künftig nicht mehr von einem Unrechtsregime zu sprechen habe – dort herrscht die Scharia, dort gibt es körperliche Züchtigung, Entfernung von Gliedmaßen als Strafe, in den gesellschaftlichen Versammlungen sind keine Frauen –, sondern von einem Rechtssystem sprechen muss, da nach Saudi-Arabien deutsche Waffen geliefert werden? Erklären Sie mir Ihre Definition von „Unrechtssystem“ und „Rechtssystem“!

(Beifall bei der LINKEN)

Bernd Westphal (SPD):

Ich habe in meinen Ausführungen darauf hingewiesen, welche Kontrollmaßnahmen angewendet werden. Ich gehe davon aus, dass genau die Aspekte, die Sie genannt haben, dort berücksichtigt werden.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war jetzt der Hammer! – Niema Movassat [DIE LINKE]: Peinlich!)

Deutsche Rüstungsexporte in die Golfregion sind immer wieder Gegenstand kontroverser Diskussionen. Das sieht man hier im Parlament. Vor allem Saudi-Arabien hat sich in den letzten Jahren zu einem großen Absatzmarkt für deutsche Rüstungsexporte entwickelt.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Immer schön weggucken!)

So waren laut Rüstungsexportbericht 2012 mehr als ein Viertel aller genehmigten Lieferungen für Saudi-Arabien bestimmt. Die Aufträge hatten einen Wert von insgesamt 1,2 Milliarden Euro.

Dazu gehört allerdings auch die Sicherung und Befestigung der 9 000 Kilometer langen Grenzanlagen. Das, denke ich einmal, sind keine Kriegswaffen, wie Sie sie hier beschreiben.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Militärische Rüstungsgüter!)

Laut der deutschen Rüstungsexportleitlinien werden Ausfuhren von Kriegswaffen nur gestattet, wenn im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen Deutschlands dafür sprechen. Zu berücksichtigen sind zum Beispiel die legitimen Sicherheitsinteressen eines Empfängerlandes.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, der „Bundesrepublik Deutschland“ steht da!)

Genau dies ist hier der Fall. Wir haben vor einiger Zeit einen Antrag diskutiert. Da ging es um Boote, die zum Schutz von Hoheitsgewässern, internationalen Seewegen, Häfen oder Offshoreanlagen geeignet sind.

Diese Beispiele zeigen anschaulich, dass bei der politischen Bewertung im Bundessicherheitsrat sorgfältig abgewogen werden muss, zumindest wann was und zu welchem Zweck geliefert wird. Nicht jedes Rüstungsgut trägt automatisch zur Eskalation einer Situation bei oder ist eine potenzielle Bedrohung für die heimische Bevölkerung.

Bei den Staaten in der Golfregion handelt es sich um souveräne Staaten mit eigenen außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Diese Staaten nehmen legitime staatliche Aufgaben wahr und haben das legitime Recht, sich zu schützen.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Mit deutschen Waffen!)

Das legt das Beispiel der Patrouillenboote nahe.

Rüstungsexporte sind deshalb ein legitimes Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Jawohl!)

Deutschland hat als Industrie- und Exportnation hier berechnete Interessen. In der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie – darauf hat bereits der Vorredner hingewiesen – gibt es mehr als 80 000 Arbeitsplätze für qualifizierte Arbeitskräfte. Aber das ist nicht allein die Legitimation für Rüstungsexporte.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immerhin!)

Ich bin mir sicher, dass sich durch die deutschen Rüstungsexportleitlinien eine verantwortungsvolle Politik weiterhin fortsetzen lässt. Da bin ich mir bei unserem Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel sogar sehr sicher.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Bernd Westphal (SPD):

Vielen Dank für den Hinweis. – Wir müssen allerdings die Transparenz bei einigen hochsensiblen Entscheidungen zu Rüstungsexporten erhöhen; hierbei stimme ich der Kollegin Keul zu. Die Koalition ist unterwegs, etwas zu vereinbaren, dass wir diesem berechtigten öffentlichen Interesse nachkommen.

Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss und danke für die Aufmerksamkeit.